

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/99

25. Mai 1977

Bald konkrete Maßnahmen

Terroristenbekämpfung im operativen Bereich verbessern

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 26 Zeilen

Sorge statt Schadenfreude

Die CDU/CSU ist als Opposition handlungsunfähig

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 45 Zeilen

Opposition im Zugzwang

Die Koalition entlastet den Steuerzahler

Von Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 / 31 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herssallen 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 180 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 38/39
Telex: 68 88 848-46 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Bald konkrete Maßnahmen

Terroristenbekämpfung im operativen Bereich verbessern

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Gespräch mit den Leitern der Sicherheitsorgane ergeben, daß zur Einstellung auf die veränderte Logistik in der Terroristenszene auch bei Bund und Ländern Verbesserungsmöglichkeiten zu sehen sind. Übereinstimmung herrscht darüber, daß diese vornehmlich im operativen Bereich zu sehen sind.

Die Arbeitsrichtung der Fachgremien der Fraktion läßt sich etwa so formulieren:

1/ Was kann man tun, um den Sicherheitsorganen Früherkennung von beabsichtigten Gewalttaten zu erleichtern?

2/ Was kann man verbessern, um die schnelle Ergreifung von Gewalttätern zu erleichtern?

3/ Nach den Erfahrungen des zweijährigen Stammheimer Prozesses: Wie kann man eine zügige Prozeßführung sicherstellen?

4/ Wir wissen, daß es in der Terroristenszene praktisch keine Zeugen gibt. An ihre Stelle tritt die wissenschaftliche Kriminaltechnik.

Gefragt werden muß also: Wo ist diese verbesserungsfähig?

Die Fraktion wird sich in Kürze mit den Ergebnissen befassen und konkrete Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen. Deutlich unterscheiden sich die unterschiedlichen Schwerpunkte zur Opposition, die sich im wesentlichen in dem Bereich des Strafrechtes und der Strafprozeßordnung bewegen, also mit der Frage: Was tut man mit den Tätern nach der Tat?

Die SPD-Bundestagsfraktion wird bemüht sein, die Sicherheitsorgane personell, wissenschaftlich und technisch weiterhin so auszurüsten, daß bereits die Vorbereitung von Gewalttaten in der Bundesrepublik zunehmend schwieriger und risikoreicher wird. So wird in erster Linie ein hoher Grad an Sicherheit für unsere Bürger weiterhin gewährleistet.
(-/25.5.1977/ks/ben)

+ + +

Sorge statt Schadenfreude

Die CDU/CSU ist als Opposition handlungsunfähig

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Herr Kohl, der Oppositionsführer auf Abbruch, möchte die unangenehme Debatte über die Politik der CDU/CSU zudecken: Die Kritik Todenhöfers soll eine Einzelaktion gewesen sein, die Diskussion über die "Vierte Partei" sei überflüssig, jedenfalls in der Öffentlichkeit, und "selbstverständlich" sei er der Kanzlerkandidat auch 1980.

Einen so beachtlichen Realitätsverlust kann man wohl nur noch damit erklären, daß dem Vorsitzenden der formalen Fraktionseinheit CDU/CSU nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln gelassen wird: Entweder sang- und klanglos abzutreten oder weiterhin den Eindruck zu erwecken, es stünde zum Besten in der Opposition. Zur Austragung von sachlichen Meinungsverschiedenheiten in ihren eigenen Reihen jedenfalls ist die CDU/CSU nicht imstande.

Spätestens seit Sonthofen legt sie daher auch keinen Wert auf sachliche Kontroversen mit der Koalition, sondern konzentriert ihr ganzes Denken auf die Frage, wie man - allein oder mit Hilfe der FDP - das rückgängig machen könne, was immer noch als Betriebsunfall angesehen wird, die Ablösung von der Macht vor siebeneinhalb Jahren. Was wir - seit Kreuth in Reinkultur - erleben, ist Obstruktion statt Opposition. Auch Herr Todenhöfer macht da keine Ausnahme. Nicht der Wunsch nach einer Alternative zur sozial-liberalen Regierungspolitik war sein Motiv, sondern der Einwand: "So wie bisher kriegen wir die FDP nicht rüber."

Für unseren Staat ist das Bedenklichste am Zustand der CDU/CSU ihr Verzicht auf Opposition. Das erzeugt eine nicht zu leugnende Versuchung in Teilen der Koalitionsparteien, zur Politik der Regierung auch noch die oppositionellen Einwände mitzuliefern. Wer die letzten Monate beobachtet hat, kann feststellen, daß dieser

Versuchung widerstanden werden konnte. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Aber wenn sich die Politik in der Bundesrepublik auf die Regierungsparteien beschränkt und dem nur Deklamationen entgegengehalten werden, so wächst die Gefahr, daß sich die Vertreter abweichender Meinungen in der Bevölkerung nicht mehr repräsentiert fühlen. Am Beispiel der Kernenergie-Kontroverse wird deutlich, daß die notwendige Auseinandersetzung nur noch zum Teil parlamentarisch ausgetragen wird.

Die Bürgerinitiativen wiederum stehen oft in Gefahr, von Kräften mißbraucht zu werden, die auf Gewalt setzen. Viele befürchten heute, daß der Terrorismus aus diesem Bereich neuen Zulauf finden kann. Aber auch das scheint die Unionsparteien nicht zu veranlassen, sich endlich auf ihre Aufgabe als parlamentarische Opposition zu besinnen.

Für die SPD kommt es deshalb darauf an, in einer kontinuierlichen Kraftanstrengung alle plausiblen Einwände gegen ihre Politik im Vorhinein zu bedenken und durch die öffentliche Darstellung ihrer Politik dafür zu sorgen, daß ein hohes Maß an Durchsichtigkeit und dann auch an Identifikation möglich bleibt. Es ist allerdings nicht leicht, der Gefahr zu begegnen, daß das Parlament ohne handlungsfähige und handlungswillige Opposition als Forum der Demokraten ausfällt. In dieser Situation sind die Nachdenklichen in und außerhalb der Parteien herausgefordert, durch ihre Auseinandersetzung mit den uns bedrängenden Problemen und Aufgaben den Ausfall der CDU/CSU als Opposition auszugleichen.

(-/25.5.1977/bgy/lo)

+ + +

Opposition im Zugzwang

Die Koalition entlastet den Steuerzahler

Von Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich mit ihrem Koalitionspartner darauf geeinigt, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer dahin zu ändern, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 nicht mehr von elf auf 13, sondern von elf auf 12 Prozent und der ermäßigte Steuersatz von derzeit 5,5 auf sechs Prozent angehoben werden soll. Dieser Beschluß verdient die Zustimmung des Bundestages.

1/ Sozialdemokraten haben von ihrem Steuerparteitag bis zur Bundestagswahl 1976 die geplante Mehrwertsteuererhöhung vor allem mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte begründet. Durch die erfolgreiche Stabilisierungspolitik dieser Bundesregierung war es aber möglich,

- den Haushalt 1976 sparsamer zu fahren,
- im Jahre 1977 zu höheren Steuereinnahmen in Höhe von rd. vier Milliarden DM zu kommen und
- durch Niedrigzinsen die Kapitaldienste der öffentlichen Hände insgesamt günstiger zu gestalten.

2/ Wenn also die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im gleichen Umfang durch diese günstige Entwicklung erreicht werden kann, ist es konsequent, die beabsichtigte Mehrwertsteuererhöhung nur in dem dann notwendigen Rahmen durchzuführen. Die jetzt geplante Erhöhung paßt in die Konjunktur- und Lohnpolitik. Der steuerbedingte Teuerungseffekt dürfte allenfalls 0,5 bis 0,7 Prozent des Preisindex betragen. Die Steuererhöhung in Kombination mit der Steuerbegünstigung für Arbeitnehmer - Erhöhung der Sonderausgaben in der Vorsorgepauschale und Verbesserung des Kindergeldes - belastet die Lohnrunden nicht außerordentlich.

3/ Die Opposition ist im Zugzwang. Ihr Argument, die Mehrwertsteuererhöhung belastet die Wirtschaft, greift nicht mehr, zumal diese durch eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuern einen Bonus erhält. Die CDU/CSU muß Farbe bekennen, daß sie die angestrebten Verbesserungen, auch für Arbeitnehmer und kinderreiche Familien, nicht will. Sie wird die ihr hörigen Länder nicht mehr auf eine harte Nein-Sager-Linie bringen können, weil diese, auch im Rahmen des Finanzausgleichs, auf die Mehreinnahmen warten.

(-/25.5.1977/ks/ben)

+ + +